
Dokumente zum kirchlichen Zeitgeschehen

**Kirchliches Jahrbuch
2022**



KIRCHLICHES JAHRBUCH 2022

KIRCHLICHES JAHRBUCH

für die Evangelische Kirche in Deutschland

2022

Begründet von Johannes Schneider

Herausgegeben von

Sebastian Kranich, Claudia Lepp,

Harry Oelke und Stephan Schaede

149. Jahrgang

GÜTERSLOHER VERLAGSHAUS

DOKUMENTE ZUM KIRCHLICHEN ZEITGESCHEHEN

BEARBEITET
VON KARL-HEINZ FIX

GÜTERSLOHER VERLAGSHAUS

Der Verlag behält sich die Verwertung des urheberrechtlich geschützten Inhalts dieses Werkes für Zwecke des Text- und Data-Minings nach § 44b UrhG ausdrücklich vor. Jegliche unbefugte Nutzung ist hiermit ausgeschlossen.



Evangelische Kirche in Deutschland



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

1. Auflage

Copyright © 2026 Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh,
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,
Neumarkter Straße 28, 81673 München
produktivsicherheit@penguinrandomhouse.de
(Vorstehende Angaben sind zugleich
Pflichtinformationen nach GPSR.)

Druck und Bindung: PB Tisk, a.s., Pribram
Printed in Czech Republic
ISBN 978-3-579-01586-6
ISSN 0075-6210
www.gtvh.de

2. Klimawandel und »Letzte Generation« auf der EKD-Synode in Magdeburg im November 2022

Andreas Busch

1. Einleitung

Die Veränderung der klimatischen Umstände auf unserem Planeten (je nach Perspektive »Klimawandel«, »Klimakrise« oder »Klimakatastrophe« genannt) ist in den letzten Jahren Gegenstand intensiver gesellschaftlicher und politischer Diskussionen geworden, die selbstverständlich auch die Kirchen einschließen. Für sie hat das Thema eine besondere Bedeutung, da aus theologischer Perspektive die Bewahrung von Gottes Schöpfung mit zentralen Aspekten christlichen Glaubens verknüpft ist. Schon früh nach Entstehen der Umweltbewegung in den 1960er und 1970er Jahren reagierten die Landeskirchen der EKD deshalb auch institutionell und richteten Positionen von »Umweltbeauftragten« ein.¹

Bei der 3. Tagung der 13. Synode der EKD vom 6. bis 9. November 2022 in Magdeburg hatten die Themen Klimawandel und Klimaneutralität einen prominenten Platz. Der Vormittag des dritten Verhandlungstages stand unter dem Thema »Evangelische Kirche(n) auf dem Weg zur Klimaneutralität 2035«. Ausführliche Referate, Aussprachen und eine Podiumsdiskussion standen auf dem Programm; in der Berichterstattung über diesen Teil der Synode dominierte jedoch weitgehend der fünfminütige externe Impuls der Klimaaktivistin und Sprecherin der Gruppe Letzte Generation, Aimée van Baalen. Die Letzte Generation² ist eine 2021 entstandene Aktivistengruppe, deren Vorgehensweisen ihr rasch hohe Bekanntheit verschafft haben, da sie ab Anfang 2022 begannen, unangekündigt zentrale Straßen und Flughäfen durch das Festkleben von Aktivisten auf dem Boden zu blockieren. Weitere Aktionsformen waren das Beschädigen von Kunstwerken in Museen sowie das Besprühen von Bauwerken (etwa des Brandenburger Tors sowie mehrerer Parteizentralen) mit orangener Farbe. Die Gruppe erzielte durch geschickte Öffentlichkeitsarbeit sehr große mediale Aufmerksamkeit, die sich durch ihr sehr kontroverses Vorgehen, das je nach Perspektive als *notwendig*, *nötigend* oder *kriminell* bezeichnet und gelegentlich sogar in die Nähe von Terrorismus gerückt wurde,

1. Hoffmann, Anne Friederike: »Verantwortung für die Umwelt: Das Beispiel der kirchlichen Umweltbeauftragten«, in: Albrecht, Christian / Anselm, Rainer (Hg.): *Aus Verantwortung. Der Protestantismus in den Arenen des Politischen*, Tübingen 2019, 187–205.

2. Der Begriff »Letzte Generation« bezieht sich nicht auf ein unmittelbar bevorstehendes Aussterben der Menschheit, sondern die Wahrnehmung, die gegenwärtige Generation sei »die Letzte Generation, die den Kollaps unserer Gesellschaft noch aufhalten kann.« (vgl. <https://letztegeneration.org/wer-wir-sind/>, abgerufen am 14. März 2023).

noch weiter verstärkte.³ Durch ihre Handlungen sahen sich Aktivisten der Gruppe häufig Festnahmen, Gewahrsam und einer erheblichen Zahl von Strafverfahren ausgesetzt. Zwischen Januar 2022 und September 2023 wurden 1196 Straftaten der Gruppe Letzte Generation zugerechnet, »davon insgesamt 59 Gewaltdelikte« (was v. a. die Deliktsklassen gefährlicher Eingriff in den Luft-, Bahn- und Straßenverkehr betrifft).⁴

Der vorliegende Beitrag schildert zunächst die politische Thematisierung der Klimaveränderung in der Bundesrepublik Deutschland, bevor er genauer auf den Auftritt der Sprecherin der »Letzten Generation« vor der Synode und die darauf folgenden Debatten eingeht. Um die Kritik an der Auswahl von Letzte Generation als Repräsentantin der Klimabewegung zu verstehen, werden sodann die Organisationsmerkmale und Finanzierungsstrukturen der Gruppe und dann ihre inhaltlichen Forderungen eingehender analysiert. Der Kontrast zwischen der auf der Synode überwiegend positiven Rezeption des Impulses und der teilweise heftigen Kritik von außen (sowohl von kirchlicher wie von politischer Seite) wird durch einen dann folgenden Blick auf das komplexe Verhältnis von Protestantismus und Demokratie hoffentlich verständlicher. Eine abschließende Bewertung nimmt vergangene Diskussionen über kirchliche Äußerungen zu politischen Fragen auf und thematisiert teilweise vorhandene protestantische Distanzen zu den Verfahren parlamentarisch-rechtsstaatlicher Demokratie, bevor die Frage nach der Rolle der Synode zwischen Forum und Akteur gestellt wird.



(Standbild des Livestreams der Synode: <https://www.ekd.de/impulsreferat-ekd-synode-2022-aimee-van-baalen-76146.htm>)

3. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Alexander Dobrindt sprach davon, man müsse die »Entstehung einer Klima-RAF« verhindern (vgl. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/letzten-generation-union-fordert-offenbar-freiheitsstrafen-fuer-strassenblockierer-a-0c22fe72-0b40-4971-b8cc-8210bee50b70>).

4. Bundeskriminalamt: »Letzte Generation«. Lagebild-Fortschreibung Nr. 1« (2023), 28f.

2. Klimaveränderung als politisches Problem

Das Thema des menschengemachten (»anthropogenen«) Klimawandels gilt vielen als das zentrale Problem, auf dessen Lösung sich politisches und gesellschaftliches Handeln in den nächsten Jahrzehnten konzentrieren muss. Zahlreiche wissenschaftlich gut fundierte und international koordinierte Studien – wie etwa des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC), der *World Meteorological Organization* (WMO) oder des *United Nations Environment Programme* (UNEP) – deuten seit vielen Jahren darauf hin, dass es durch eine Anreicherung sog. »Treibhausgase« (wie v. a. Kohlendioxid und Methan) in der Atmosphäre zu einem Anstieg globaler Temperaturen kommt, der zum einen direkt (Zunahme extremer Wetterereignisse wie Hitzewellen, Starkregen, Dürren) und zum anderen indirekt (Anstieg des Meeresspiegels durch das Schmelzen von Eisschilden und Gletschern) zu sehr negativen Auswirkungen für das Leben auf der Erde führen wird. Hauptauslöser dieser Anreicherung sind die Verbrennung fossiler Brennstoffe, die Abholzung von Wäldern, die Methoden intensiver Landwirtschaft und moderne Industrieprozesse.⁵

Auch in der Bundesrepublik Deutschland steht das Thema Klimawandel seit einigen Jahren an zentraler Stelle in der politischen Debatte. Maße dafür sind etwa das Vorkommen beim »Wort des Jahres«, das 2007 »Klimakatastrophe« lautete und 2018 »Heißzeit« (nach einem europaweit ungewöhnlich heißen und dünnen Sommer)⁶ oder die Angaben bei Meinungsumfragen. Das »Politbarometer« der Forschungsgruppe Wahlen fragt zum Beispiel regelmäßig nach den wichtigsten Problemen in Deutschland. Die Daten zeigen eine deutliche Zunahme der Nennung der Klimathematik als wichtiges Problem in den Umfragen des Politbarometers ab Ende 2018: von fünf Prozent der Befragten im September 2018 stieg der Wert auf zehn Prozent im Dezember 2018, 20 Prozent im März 2019 und sogar 40 Prozent im August 2019. Und trotz Corona-Pandemie und Ukrainekrieg blieben die Werte seit Anfang 2020 zwischen 20 und 50 Prozent.⁷ Ähnliche Werte finden sich beim ARD-Deutschlandtrend, der zudem Mehrheiten für raschere Veränderungen beim Klimaschutz, allerdings auch gegen das Verbot für Verbrennungsmotoren findet, was auf differenzierte Haltungen zu konkreten Maßnahmen in der Bevölkerung hinweist.⁸ Auswertungen der Protokolle des Bundestages mit korpuslinguistischen Methoden konnten auch zeigen, dass die Verwendung von Begriffen aus dem Feld der Klimapolitik seit den 2000er Jahren zugenommen hat.⁹

5. Einen exzellenten Überblick über Ursachen, Folgen und Handlungsmöglichkeiten zum Klimawandel gibt Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, Klimawandel: Ursachen, Folgen und Handlungsmöglichkeiten, Halle (Saale): Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. 2021.

6. Siehe [https://de.wikipedia.org/wiki/Wort_des_Jahres_\(Deutschland\)#Wort_des_Jahres](https://de.wikipedia.org/wiki/Wort_des_Jahres_(Deutschland)#Wort_des_Jahres) (abgerufen 24. April 2024).

7. Vgl. den Datensatz unter https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/9_Probleme_1.xlsx.

8. Vgl. die Umfrage vom April 2023 unter <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-3339.html>.

9. Vgl. <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/wie-der-bundestag-ueber-klimapolitikspricht-e704090/>.

Einen erheblichen Beitrag zur zunehmenden Wichtigkeit des Themas *Klimapolitik* auf der politischen Agenda leistete in den Jahren nach 2018 die Bewegung »Fridays for Future«. Initiiert von der damals 15-jährigen Schwedin Greta Thunberg, die seit August 2018 mit einem »Schulstreik fürs Klima« an einem Tag in der Woche rasch Prominenz und Nachahmer in vielen Ländern fand, begannen auch in Deutschland ab Ende 2018 Streikaktionen, die große mediale Aufmerksamkeit fanden. Eine rasche Ausbreitung der Proteste in zahlreiche Städte folgte; beim ersten »globalen Protesttag« von *Fridays for Future* im März 2019 waren bereits 220 Kundgebungen angekündigt, an denen nach Angaben der Veranstalter rund 300.000 Teilnehmer für eine beschleunigte Klimaschutzpolitik protestierten.¹⁰ Parallel dazu entstand eine rege gesellschaftliche Debatte um die Legitimität des Regelbruchs; das Thema wurde in Talkshows und öffentlichen Diskussionen debattiert und ebenso auf den Hauptversammlungen zahlreicher Unternehmen.¹¹

Sehr rasch war es der neuen Klimabewegung mithin gelungen, sich einen Platz auf der Agenda der Politik und der gesellschaftlichen Diskussionen zu erobern. Demokratische Politik strebt – sowohl aus eigenem Wiederwahlinteresse wie aus normativen Gründen – nach Responsivität, deshalb sind diese positiven Reaktionen zu erwarten. Allerdings muss sich demokratische Politik um eine Vielzahl von Themen kümmern, um der Vielzahl gesellschaftlicher Positionen, Wünsche, Sorgen und Nöte einer sehr unterschiedlichen Wählerschaft gerecht zu werden. Zudem gibt es häufig Zielkonflikte zwischen verschiedenen angestrebten Positionen, ebenso Interaktionseffekte, aber auch Zielkonkurrenz mit anderen – ebenfalls sehr wichtigen Problemen – um die Verarbeitungskapazität von Regierungen.¹² Die Umsetzung von politischen Maßnahmen ist daher in demokratischen Systemen von einer Vielzahl von Vorbedingungen abhängig, die hochgradig voraussetzungsvoll sind und nicht nur politischen Willen, sondern auch Lösungskonzepte, politische Mehrheiten und »politische Gelegenheiten« benötigen.¹³ Die sofortige Konzentration ausschließlich auf ein politisches Thema, so dringend es auch als der Bearbeitung bedürftig angesehen wird, entspricht somit weder der komplexen Funktionsweise liberaler Demokratien noch den normativen Grundlagen einer pluralistischen Gesellschaft.

Dennoch kann man sagen, dass das Thema *Klimawandel* nach 2018 stabil als eines der Hauptthemen politischer Debatte im deutschen politischen und gesellschaftlichen Diskurs verankert war. Das ist ein Unterschied zum Jahr 2007, als das Thema zum ersten Mal prominent wurde (s. o.). Damals war der ehemalige US-Vizepräsident Al Gore mit dem Dokumentarfilm *An Inconvenient Truth* über die globale Erwärmung erfolgreich, der auf Vorträgen in zahlreichen Städten beruhte,

10. Sommer, Moritz u. a.: *Fridays for future: Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland*, in: ipb working paper 2019, H. 2, 3.

11. Ein Beispiel ist die Rede eines 17-jährigen Aktivisten auf der Hauptversammlung der Uniper SE am 22. Mai 2019: <https://www.kritischeaktionae.de/uniper/tragen-sieverantwortung-fuer-ihre-rolle-in-der-klimakrise-rede-von-cedric-hoyer-fridays-for-future/>.

12. Kingdon, John W.: *Agendas, alternatives, and public policies*, New York: Longman 2003.

13. Herweg, Nicole: *Multiple Streams Ansatz*, in: Wenzelburger, Georg / Zohnhöfer, Reimut (Hg.): *Handbuch Policy-Forschung*, Wiesbaden 2015, 325–353.

mit denen Gore auf das Problem aufmerksam machen wollte. Der Film gewann 2007 einen Oscar in der Kategorie Dokumentarfilm, und Gore wurde (gemeinsam mit dem Weltklimarat IPCC) für seine Verdienste um die Bewusstmachung der Krise um den Klimawandel sogar mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Doch drängten sich in den Folgejahren die Weltfinanzkrise, die anschließende Krise in der Eurozone und ab 2015 die Herausforderungen der Flüchtlingsströme in den Vordergrund und dominierten die Agenda. Nach 2018 hingegen blieb die Prominenz des Themas Klimawandel trotz ebenfalls drängender anderer Krisen (COVID-19 Pandemie und Angriffskrieg auf die Ukraine) erhalten. Es ist zu vermuten, dass angesichts fortbestehender Hinweise auf die negativen Folgen des Klimawandels (v. a. durch krisenhafte Wetterereignisse wie Stürme, Überschwemmungen und Dürren) das Thema auch in Zukunft hoch auf der politischen und gesellschaftlichen Agenda stehen wird.

Die Bildung der letzten Bundesregierung zeigt, dass die hohe Wertung des Problems Klimawandel ihre Wirkung auf die Exekutive nicht verfehlte. Mit der »Ampel«-Koalition aus SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP kehrte zum einen die grüne Partei nach 16 Jahren Abwesenheit in die Bundesregierung zurück – mithin eine Partei, für die das Thema Umweltschutz seit ihrer Gründung zentral ist. Der grüne Vizekanzler Robert Habeck steht einem Ministerium vor, dessen Ressortzuständigkeit von »Wirtschaft und Energie« in »Wirtschaft und Klimaschutz« verändert wurde, was den Transfer der Abteilung Klimaschutz aus dem *Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit* nach sich zog, einschließlich deren europäischer und internationaler Bezüge mit Ausnahme der internationalen Klimapolitik.¹⁴ Damit ist zum ersten Mal das Thema *Klimaschutz* im Titel (statt nur auf Abteilungsebene) eines Bundesministeriums verankert – was ebenfalls ein Indikator für gesteigerte Wichtigkeit ist.¹⁵

Auch bei der politischen Bearbeitung durch die Bundesregierung gewann das Thema Klimaschutz deutlich an Gewicht. Der Koalitionsvertrag der seit Ende 2021 amtierenden Regierung von Bundeskanzler Olaf Scholz machte die Bearbeitung der Klimaproblematik zu einem zentralen Gegenstand ihrer Arbeit, wie in ihrem Koalitionsvertrag deutlich formuliert ist. So wird die Erreichung der Klimaschutzziele von Paris zur »obersten Priorität« erklärt; die Bundesrepublik soll auf den Pfad zum 1,5-Grad-Ziel gebracht werden, wozu »idealerweise« ein auf 2030 vorgezogener Kohleausstieg und ein deutlicher Ausbau der Windenergie beitragen sollen. Daneben sind eine Vielzahl von weiteren Einzelmaßnahmen benannt, die die hohe Priorität des Themas für die Regierung Scholz deutlich machen.¹⁶ Die

14. Vgl. dazu den Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 8. Dezember 2021, abgedruckt in Bundesgesetzblatt 2021, Teil I, Nr. 83, 5176f.

15. Sieberer, Ulrich: Die Politik des Ressortzuschnitts zwischen Koalitionsarithmetik und thematischer Profilierung. Eine koalitionspolitische Erklärung für Kompetenzänderungen der Bundesministerien, 1957–2013, in: Politische Vierteljahresschrift 56 (2015), 77–103.

16. Koalitionsvertrag: »Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP« (2021): 4f., 43ff. Auch die Häufigkeit der Erwähnung von Worten mit »Klima« im Koalitionsvertrag (203 mal) spricht dafür.

wachsende Bedeutung des Themas zeigt sich auch in ¹⁷einer genaueren Analyse des Koalitionsvertrages, die von der Bertelsmann-Stiftung vorgelegt wurde.¹⁸ Nach einer Auszählung der angestrebten Maßnahmen zur Halbzeit der Legislaturperiode zeigt sich im Bereich des Ressorts »Wirtschaft und Klimaschutz« die (nach »Arbeit und Soziales«) zweithöchste Erfüllungsquote, die mit 40 Prozent deutlich über dem Durchschnitt von 31 Prozent liegt.

Der Klimawandel, so kann man abschließend feststellen, etablierte sich in den letzten Jahren in Deutschland als ein wichtiges Thema, das weitgehend als dringlicher Bearbeitung bedürftig anerkannt wird. Nur von einer kleinen Minderheit wird der anthropogene Ursprung von Phänomenen wie der Erderwärmung in Frage gestellt. Neben einem Konsens über die grundsätzliche Problemlage existiert jedoch eine Vielfalt von Ansichten, *mit welchen Instrumenten* dem Klimawandel zu begegnen sei. Sie schlägt sich in einer anhaltenden Debatte darüber nieder, welche konkreten Maßnahmen politisch und gesellschaftlich zu ergreifen seien.

3. Klimaschutz und Letzte Generation auf der Synode

Auch auf der vom 6. bis 9. November 2022 in Magdeburg stattfindenden Synode der EKD spielte das Thema Klimawandel / Klimaneutralität eine zentrale Rolle. Es wurde in mehreren Programmpunkten bearbeitet. Im Mittelpunkt stand dabei das Thema »Evangelische Kirche(n) auf dem Weg zur Klimaneutralität 2035«, das neben ausführlicher Debatte über das Thema auch zu mehreren Beschlüssen für das eigene Verhalten zur Erreichung dieses Ziels führte.¹⁹

Die Klimaproblematik ist bereits seit den 1990er Jahren ein sehr wichtiges Thema auch für die Evangelische Kirche Deutschlands. Immerhin 2008 fasste die EKD-Synode die ersten Beschlüsse zur praktischen Umsetzung des Klimaschutzes mit weitreichenden Zielen und Maßnahmen. Seitdem lässt sie sich alle drei Jahre einen Bericht über den Stand der Zielerreichung erstatten, in dem die Daten aus den Landeskirchen dargestellt, bewertet und Handlungsempfehlungen diskutiert werden. Bei der Synode in Magdeburg wurde dieser von der Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) erarbeitete Bericht von Dr. Oliver Foltin, Leiter der Fachstelle Umwelt und Klimaschutz der EKD und stellvertretender Leiter der FEST, vorgestellt. Drei Punkte standen dabei im Mittelpunkt: Der Stand der Kirchen auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität; die Frage, was Verbindlichkeit beim Klimaschutz leisten könne, und die Frage, was in diesem Bereich künftig zu tun sei (Protokoll: 83). Wie der Bericht darlegte, erweist sich das Thema Klimaschutz im kirchlichen Bereich als komplexes Problem. So wurden

17. Ebda., 12.

18. Vehrkamp, Robert / Matthieß, Theres: Mehr Koalition wagen: Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrages 2021 (2023).

19. Die 3. Tagung der 13. Synode ist dokumentiert in Evangelische Kirche in Deutschland (Hg.): Bericht über die 3. Tagung der 13. Synode der EKD, Hannover 2024. Zitate aus dem Verlauf der Tagung beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf diesen Bericht und sind mit »Protokoll« sowie Seitenangabe gekennzeichnet.

die ursprünglich beschlossenen Ziele (bezogen auf das Basisjahr 2005 Reduktionen beim CO₂-Ausstoß bis 2015 um 25 % und bis 2020 um 40 %) nicht erreicht – 2020 war lediglich eine Verringerung um 29 % gelungen. Darauf reagierte die Synode 2021 mit einem Beschluss, der zum einen das Ziel der Klimaneutralität der EKD von 2050 auf das Jahr 2035 *vorzog* und zum anderen einen rechtlichen Rahmen mit einer »datenbasierten Roadmap für einen EKD-weiten verbindlichen Prozess zur Erreichung des Ziels« festlegte (ebda.). Die »Dringlichkeit und Herausforderung« weiterer Verstärkung der Klimaschutzaktivitäten müsse noch bewusster gemacht werden – und ebenso, dass die Erreichung der Ziele »durchaus auch Zumutungen und Verzicht nach sich ziehen« werde. Da sich die Treibhausgasemissionen der Kirchen vor allem auf den Gebäudebereich konzentrierten, müssten hier die Sanierungsbemühungen »deutlich gesteigert werden« (ebda.). Und hier werde sich »ein Rückgang von Gemeindegliedern nicht unerheblich auf die CO₂-Bilanzen auswirken«; die Aufgabe der Nutzung zahlreicher Gebäude in diesem Zusammenhang werde »die Gesamtbilanz natürlich deutlich mindern.« Allerdings werde die »Aufgabe von Gebäuden« alleine nicht ausreichen, die Emissionen hinreichend zu reduzieren.²⁰ Der Ausbau von Photovoltaikanlagen – auch auf Sakralgebäuden – sei eine der sichtbarsten und wirtschaftlichsten Klimaschutzmaßnahmen und solle möglichst flächendeckend und rasch umgesetzt werden.

Vor der allgemeinen Diskussion zum Thema wurde auf Initiative des Präsidiums der Synode eine Sprecherin der Klimainitiative Letzte Generation (LG) eingeladen, den Beratungen einen Impuls aus externer Perspektive zu verleihen.²¹ Die von Aimée van Baalen vorgetragene Stellungnahme zeichnete sich durch eine besonders drastische Darstellung der durch den Klimawandel verursachten Situation aus, was an einer Reihe von Formulierungen deutlich wird. Sie sei

hier, um der größten Gefahr unserer Generation, der größten Gefahr der Menschheit die nötige Präsenz zu verleihen. Die Gefahr und die Dringlichkeit der Klimakatastrophe werden leider viel zu oft totgeschwiegen und von Politik und Gesellschaft nicht im Geringsten angemessen adressiert« (Protokoll: 84).²²

20. In der folgenden Diskussion wurde zwar ausführlich über die Frage der Möglichkeit der Aufgabe von Gebäuden gesprochen; nicht thematisiert wurde jedoch, dass die »Aufgabe von Gebäuden« deren *Abgabe an andere Nutzer* bedeutet und diese dann zwar aus der Klimabilanz der EKD verschwinden, aber *nicht* aus der Gesamt-Klimabilanz der Bundesrepublik Deutschland. Insofern wäre zu diskutieren, ob es sich hier nicht eher um einen *klimatechnischen Bilanztrick* als eine tatsächliche *Verbesserung* der CO₂-Gesamtbilanz handelt.

21. Die Umstände der Einladung schilderte Präses Heinrich zu Beginn der Tagung. Es habe bei der letzten Präsidiumssitzung der Synode im September 2022 »die gemeinsame Anregung« gegeben, »auch noch externe Perspektiven in die inhaltliche Befassung aufzunehmen. Das haben wir als Präsidium getan«. So werde »die Klimaaktivistin Aimée van Baalen sprechen, die sich auch als Sprecherin bei der ›Letzten Generation‹ engagiert« und vor dem zweiten inhaltlichen Panel einen fünfminütigen Impuls halten (Protokoll: 24). Von wem die Initiative konkret ausging, bleibt also unklar.

22. Der Impuls von Aimée van Baalen ist im Protokoll der Synode auf den Seiten 84 bis 86 abgedruckt, aber auch als separate Drucksache IX/3 der Synodentagung verfügbar unter https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/09-TOP_IX_3-%20Impuls-Aimée_van_Baalen.pdf. Unter <https://www.ekd.de/help/impulsreferat-ekd-synode-2022-aimee-van-baalen-76146.htm> gibt es ein Video des Auftritts.

Es folgte eine Beschreibung der angesprochenen Gefahr:

Fast vier Milliarden Menschen leben in Regionen, die bereits in einigen Jahren nicht mehr bewohnbar sein werden. Unzählige von ihnen werden einen Hunger- oder Hitzetod sterben. Allein bis 2030 werden 700 Millionen von ihnen fliehen – heimatlos, nach Schutz suchend. Dürre und Wassermangel werden die Landwirtschaft weltweit in die Knie zwingen. [...] Ganze Nationen befinden sich im Notfallmodus. In einer Welt, in der es zu wenig für viele gibt, wird der Ruf nach Zäunen und Ausgrenzung immer lauter. Und immer häufiger kommt es zu Krawallen auf den Straßen, zu Kämpfen, zum Krieg (ebda.).

Dieses drastische Szenario, so van Baalen, »stammt nicht von mir. Es stammt von den Autor:innen des Weltklimaberichts, den besten Wissenschaftler:innen dieser Welt.«²³ Sie habe Angst, dass sie selbst oder ihre Familie »Zeuge oder sogar Opfer« dieses Leides werden könne. Die Maßnahmen der Regierung seien unzureichend, man spreche zwar vom Klimaschutz, handele aber nicht entsprechend. Es drohten »unaufhaltsame Kettenreaktionen, die die Erderwärmung unkontrollierbar verstärken.« Man habe sich nicht leichtfertig für friedlichen zivilen Widerstand »gegen ein System, das uns in den Untergang führt«, entschieden; man wisse aber, dass solcher Widerstand funktionieren könne. Zudem stehe die Mehrheit der Bevölkerung laut Umfragen hinter den Forderungen der LG, nämlich der Einführung eines 9-Euro-Tickets und des »Tempolimit 100«. Sie fuhr fort, dass sich »immer mehr Menschen« hinter die Forderungen der LG stellten, »so auch der Jesuitenverband«. Und sie schlug den Bogen zum kirchlichen Kontext, indem sie ausführte:

Letztendlich war Jesus selbst ein Widerständler, der sich gesellschaftlichen Regeln und Normen entgensetzte, wenn seine moralische Pflicht es verlangte. Er setzte sich immer für unterprivilegierte Menschen ein, und er riskierte letztendlich dafür den Tod. (Protokoll: 85)

Für den eigenen Widerstand brauche man Hilfe. »Wir brauchen die Kirche, die evangelische Kirche auf unserer Seite.« Diese solle für die Aktivisten Kontakte herstellen und die Regierung kritisieren, dass diese (aus Sicht der LG) ihre eigenen Klimaziele und das Grundgesetz nicht einhielte. Auch seien organisatorische Hilfe und Spenden willkommen. Gesellschaftliche Transformation sei nötig und »nur mithilfe der Kirche [zu] schaffen.« Als junge Generation brauche man die

23. Szenarien wie die hier beschriebenen finden sich in den Berichten des IPCC nicht, die nur physikalische Auswertungen vornehmen. Siehe etwa den Bericht »Climate Change 2021« unter https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/downloads/report/IPCC_AR6_WGI_Full_Report.pdf. Auch in der eigens erstellten »Summary for Policymakers« gibt es nur mit Wahrscheinlichkeiten hinterlegte Szenarien, die sich jedoch ebenfalls auf Fakten wie die wahrscheinlichen Veränderungen von Niederschlägen und Oberflächentemperaturen sowie deren regionale Verteilung beschränken und keine Aussagen zu Wohnbarkeit, Fluchtbewegungen oder Todeszahlen treffen (vgl. https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/downloads/report/IPCC_AR6_WGI_SPM.pdf). Da auch in der gedruckten Fassung des Impulses keine Quellenangaben vorhanden sind, handelt es sich bei den für den Impuls verwendeten Quellen offenbar *nicht* um die Sachstandsberichte des IPCC, die generell als »Weltklimabericht« bezeichnet werden.

Institution Kirche. Van Baalen endete mit den Worten »Vielen Dank, dass Sie sich solidarisieren.«²⁴

Die Reaktionen auf den Impuls waren sehr unterschiedlich. Im unmittelbaren Anschluss an den Impuls verzeichnet das Protokoll »Beifall – Ein Teil der Anwesenden erhebt sich von den Plätzen.« Auch bei der anschließenden Podiumsdiskussion wurde der Impuls mehrfach gelobt. Die direkten Bezüge variierten zwar (angesichts der Protestformen der »Letzten Generation«) vom generellen Verweis auf die Folgen von Nötigung (Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt, Beauftragte der EKD für Schöpfungsverantwortung) bis zur Deutung der Handlungen der Klimabewegung als »prophetische Stimme« (Pfarrer Thomas Zeitler, zugleich Aktivist bei *Extinction Rebellion*), erkannten jedoch Dringlichkeit und gute Absicht sowie das Recht zum Protest an.

Mit etwas mehr zeitlichem Abstand wuchs die Kritik, jedoch gab es auch unterstützende Stimmen. Kritische Anmerkungen gab es bald vor allem hinsichtlich der Auswahl der »Letzten Generation« als Vertretung der Klimabewegung. Man habe hier eine »demokratiepolitisch fragwürdige Gruppierung, die mit Straßen- und Flughafenblockaden sowie Sachbeschädigung von Kunstwerken in Museen« der Politik ihren Willen aufzwingen wolle, unterstützt, so der Wiener systematische Theologe Ulrich H. J. Körtner in einem Beitrag für die *zeitzeichen* Ende Dezember 2022. Damit verstoße man gegen eigene etablierte Positionen zum Verhältnis von Kirche und Staat und gefährde dieses.²⁵

Neben den Vorgehens- und Protestweisen der »Letzten Generation« wurden aber auch deren Struktur und Ideologie kritisiert. So sah der Religionspsychologe Michael Utsch von der *Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen* bei der LG »Parallelen zu Sekten«, auch wenn z. B. das Element charismatischer Führung fehle und die Gruppe insgesamt vielfältig sei. Aber es gebe eine Prägung durch Endzeit-Angst, die die Anhänger etwa dazu treibe, »dass sie ihre Ausbildung abbrechen und Straftaten begehen.«²⁶ Auch aus der Perspektive sozialwissenschaftlicher Militanzforschung wird eine solche Einordnung als »sektenartige Organisationsform« vorgenommen und das mit der »Gefahr bürgerlicher Lebenslaufabbrüche, der beschriebenen Endzeitprophetie und autoritärer Strukturen« begründet.²⁷ Gegen solche Einordnungen gab es jedoch auch Protest. Sie seien »wenig aussagekräftig«, so die Direktorin der *Evangelischen Akademie zu Berlin*,

24. Mit diesen Worten bezog sich die Rednerin vermutlich auf die Aussage von Präses Anna-Nicole Heinrich, die nach einer Meldung der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA am Rande der LG zugesichert hatte: »Wir solidarisieren uns mit euch.« (IDEA Pressedienst, Nr. 230, 14. November 2022).

25. Vgl. <https://zeitzeichen.net/node/10214>.

26. Vgl. <https://www.evangelisch.de/inhalte/212306/12-02-2023/kritik-klimaaktivisten-letzte-generation-experte-sieht-parallelen-zu-sekten>.

27. Marg, Stine: Kurzstudie: Die Letzte Generation – Entwicklung, Merkmale und Einordnung, Göttingen 2024, 38. Gleichzeitig wird von der Autorin die Einordnung der Letzten Generation als »soziale Bewegung« abgelehnt mit der Begründung, »dass ein emanzipatives, inklusives und demokratisches Potenzial der Letzten Generation – insbesondere hinsichtlich ihrer Aktivist:innen – gegenwärtig kaum sichtbar ist« (ebda., 40).

Friederike Krippner.²⁸ Unterstützung für die »Letzte Generation« gab es auch aus Gemeinden und von Pastorinnen und Pastoren, die etwa den Aktivisten Räume für Treffen zur Verfügung stellten.²⁹ Gleichzeitig wurde betont, man teile »die Ziele der Letzten Generation, nicht aber die Mittel«, jedoch das Anliegen der Bewahrung der Schöpfung. »Es handelt sich hier ausdrücklich um keine Kooperation.« (ebda.).

Dass die Vorgehensweisen der LG so kontrovers waren und die Debatte darüber an Intensität zunahm, wurde bald als Problem erkannt. Friederike Krippner etwa sah darin

ein Symptom einer ungunstigen Diskursverschiebung: Statt über das Eigentliche – den Klimawandel und seine Folgen – zu sprechen, diskutieren wir mit viel Verve über diese eine Protestbewegung.³⁰

Und die damalige Ratsvorsitzende der EKD, Anette Kurschus, warnte, die Vorgehensweisen der LG – »sich auf der Straße festzukleben und Kunstwerke zu verunstalten« – lenke von den wichtigen Zielen ab »und das schadet dem Klimaschutz eher.« Zudem sei es »eine Form von Hybris, von sich zu behaupten, man gehöre zu den Letzten, die noch etwas tun können«.³¹

Bereits früh war aus dem politischen Raum scharfe Kritik an dem Auftritt der LG auf der Synode gekommen. Vor allem kirchennahe Politiker aus der Union meldeten sich zu Wort. Der CDU-Europaabgeordnete Markus Pieper (Berichtersteller des Europäischen Parlaments für den Ausbau Erneuerbarer Energien) etwa nannte »die Annäherung der Kirche an die Aktivisten der ›Letzten Generation‹ ... befremdlich und beschämend« und nannte LG eine »demokratiefeindliche Organisation«.³² Der *Evangelische Arbeitskreis* (EAK) der CDU Nordrhein-Westfalens kündigte eine Unterschriftensammlung gegen die Solidarisierung der EKD-Synode mit der Gruppe »Letzte Generation« an mit dem Titel »Wir treten nicht aus. Wir widersprechen«; die Äußerungen der Präses könnten der evangelischen Kirche und ihren Mitgliederzahlen »unermesslichen Schaden zufügen«.³³

Der Auftritt von LG-Sprecherin Aimée van Baalen auf der EKD-Synode in Magdeburg erregte, so viel lässt sich zusammenfassend sagen, viel Aufmerksamkeit und blieb kontrovers. Angesichts der Aktualität des Klimathemas, schöpfungstheologischem Blickwinkel und des Vorliegens des alle drei Jahre erstatteten Klimaberichts der EKD war eine Beschäftigung und ein direkter Dialog mit Klimaaktivisten

28. Vgl. <https://www.evangelisch.de/inhalte/212523/17-02-2023/debatte-ueber-letzte-generation-klimaaktivisten-nicht-als-sektierer-diffamieren>.

29. Vgl. als Beispiel <https://www.bz-berlin.de/berlin/friedrichshain-kreuzberg/pfarerin-wir-teilen-die-ziele-der-letzten-generation>, abgerufen 29. April 2023.

30. Vgl. <https://www.evangelisch.de/inhalte/212523/17-02-2023/debatte-ueber-letzte-generation-klimaaktivisten-nicht-als-sektierer-diffamieren>.

31. Vgl. <https://www.evangelisch.de/inhalte/212125/08-02-2023/kurschus-zu-umweltschutz-letzte-generation-schafft-negative-aufmerksamkeit>.

32. Vgl. <https://www.welt.de/wirtschaft/article242108309/Petition-gegen-EKD-Praeses-CDU-Kirchenpolitiker-organisieren-Protestwelle.html> oder <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/kirchen-beistand-fuer-letzte-generation-empoert-unions-politiker,TN9QCwI>.

33. IDEA Pressedienst, Nr. 230, 14. November 2022.

ein plausibles Anliegen bei der Synode. Warum allerdings ausgerechnet die »Letzte Generation« aus dem breiten Spektrum klimapolitischer Protestorganisationen ausgewählt wurde, bedarf der Erklärung.³⁴ Im Folgenden werden deshalb die oben kritisch angesprochenen Aspekte Organisationsform, Vorgehensweise und Verhältnis Kirche und Demokratie eingehender dargestellt und analysiert.

4. Analyse: Organisationsmerkmale der »Letzten Generation«

Soziale Bewegungen sind in liberalen Demokratien eine Ergänzung klassischer Möglichkeiten zur Beteiligung an der politischen Willensbildung, die für deren etablierte Formen wie Parteien, Verbände und Vereine ebenso eine Herausforderung bilden wie für sozial- und politikwissenschaftliche Formen der Beschreibung und Analyse von Willensbildung.³⁵ Die Klimabewegung kann man als die jüngste einer Reihe von (Neuen) Sozialen Bewegungen verstehen, die in der Bundesrepublik ab den 1970er Jahren auf Veränderung drängten, Protest markierten und Einfluss verlangten, v. a. als Frauen-, Friedens-, Umwelt- und Anti-AKW-Bewegungen.³⁶

Die bundesrepublikanische Klimabewegung hat eine erhebliche Breite unterschiedlicher Ansätze und Ausprägungen.³⁷ »Fridays for Future« (FFF), 2018 in Schweden entstanden (s. o.), verbreitete sich in der Bundesrepublik rasch und erzielte mit Schulstreiks und anderen Formen friedlicher Demonstrationen für eine Abkehr von fossilen Brennstoffen und den Ausbau erneuerbarer Energie zweifellos die größte Wirkung. »Extinction Rebellion« (2018 in Großbritannien entstanden) fokussiert v. a. auf das Artensterben und versucht, durch zivilen Ungehorsam Aufmerksamkeit für das Thema zu gewinnen. »Ende Gelände« ist eine seit 2015 existierende kapitalismuskritische Gruppe, die sich auf Proteste gegen Kohleförderung konzentriert und dort eher punktuelle Proteste mit zivilem Ungehorsam organisiert, etwa durch Waldbesetzungen im Braunkohlebergbau. Alle erwähnten Gruppen sind dezentral organisiert, ihre Willensbildung ist stark basisdemokratisch (von unten nach oben) geprägt, und Absprachen erfolgen über Koordinationsgremien auf der nationalen Ebene;³⁸ finanziert werden sie aus kleinen Spenden und

34. Auch die Mitteilung des *epd* am 8. November trägt den Titel »Evangelische Kirche sucht Gespräch mit ›Letzter Generation‹«, nicht etwa »sucht Gespräch mit Klimaaktivisten« oder »mit der Klimabewegung« (<https://www.ekd.de/predigten/evangelische-kirche-sucht-gespraech-mit-letzter-generation-76170.htm>).

35. Della Porta, Donatella / Diani, Mario (Hg.): *The Oxford Handbook of Social Movements*, Oxford 2015.

36. Vgl. Roth, Roland / Rucht, Dieter (Hg.): *Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt/M. 2008; Gassert, Philipp: *Bewegte Gesellschaft: Deutsche Protestgeschichte seit 1945*, Stuttgart 2019.

37. Hier sind nur als Protestgruppen hervortretende Gruppierungen aufgeführt. Daneben gibt es die »klassischen« Umweltschutzorganisationen wie z. B. BUND, NABU, WWF und Greenpeace, die hier nicht betrachtet werden.

38. Vgl. für den Fall »Fridays for Future« die ausführliche Analyse von Mucha, Witold u. a.: *Entscheidungsfindung und Einfluss bei Fridays for Future – Zur Rolle von*

Mitgliedsbeiträgen. Diese Organisationsmerkmale sind seit Jahrzehnten typisch für soziale Bewegungen.

Sowohl die Organisations- wie die Finanzierungsmerkmale von »Letzte Generation« weichen in erheblichem Maß davon ab. Die Gruppe wurde 2021 gegründet und zielt durch Maßnahmen zivilen Ungehorsams auf Aufmerksamkeit.³⁹ Dadurch möchte sie Druck auf die Bundesregierung ausüben, von ihr gewünschte Sofortmaßnahmen (s. u.) gegen den Klimawandel umzusetzen. Zu den Aktionen gehören Maßnahmen wie die unangekündigte Blockade von Straßen und Flughäfen, das Beschmieren von Kunstwerken und Gebäuden sowie Hungerstreiks. Festnahmen der Aktivisten bei den Aktionen werden von diesen hingenommen, sind Teil des Aktionsrepertoires und werden bei Rekrutierung und Schulung der Aktivisten thematisiert sowie diskutiert. Organisation und Entscheidungen werden zentralistisch von einer sehr kleinen Gruppe von Aktivisten bestimmt (dem aus drei Personen bestehenden »Kernteam«), das sich durch drei weitere Personen zur »Kerngruppe« (sechs Personen) erweitert.⁴⁰ Die LG selbst bezeichnet das als »gesunde funktionelle Hierarchie«, wie ihre Sprecherin Carla Rochel in einer Sendung des *Deutschlandfunk* am 10. November 2023 erklärte:

Die Bewegung ist auf jeden Fall hierarchisch organisiert, seit Anfang an. Und wir machen das, weil es einfach praktisch ist. Weil es besser funktioniert, wenn ein paar Leute Führung übernehmen, als wenn alles basisdemokratisch organisiert ist.⁴¹

Auf der Website der LG heisst es (Stand Mai 2024):

Die Kerngruppe trifft übergeordnete, richtungsweisende Entscheidungen ... Insbesondere hat sie das finale Mandat für die Strategie, die Gestaltung der Proteste, das Narrativ, die Medienauftritte, die Strukturierung der Kampagne und die Finanzen ... Das heißt, die Kerngruppe gibt die Strategie vor.⁴²

Obwohl diese Sätze unter »Mandat« stehen, gibt es keine Aussagen, wie Mitglieder der »Kerngruppe« ausgewählt oder ersetzt werden können. Dies scheint nur über Selbstergänzung zu laufen, ohne Einfluss von Ortsgruppen oder Arbeitsgemeinschaften. Die Aktivisten der LG (deren Zahl deutlich geringer als

Basisdemokratie, Hierarchien und Expertise, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 33 (2023), 387–415.

39. Materialreiche Überblicksdarstellungen zur Letzten Generation bieten Rucht, Dieter: Die Letzte Generation. Beschreibung und Kritik«, in: ipb working paper 1/2023 (aus wissenschaftlicher) und Bundeskriminalamt, Letzte Generation (wie Anm. 4) (aus polizeilicher Perspektive).

40. Bundeskriminalamt, Letzte Generation (wie Anm. 4), 14; siehe auch <https://wiki.letztegeneration.org/de/oeffentlich/struktur/Kerngruppe/Selbstverstaendnis> (abgerufen am 16. Mai 2024).

41. Deutschlandfunk. Hintergrund »Konkurrenz oder Mitstreiter? ›Letzte Generation‹ und der Rest der Klimabewegung.« Von Manfred Götzke. Sendedatum 10. November 2023, 18:40 Uhr, abrufbar unter <https://www.deutschlandfunk.de/konkurrenz-oder-mitstreiter-letzte-generation-und-der-rest-der-klimabewegung-dlf-34ad2b7f-100.html>.

42. <https://wiki.letztegeneration.org/de/oeffentlich/struktur/Kerngruppe/Selbstverstaendnis>.

etwa bei FFF – was auch mit der Bereitschaft, sich gegebenenfalls bei Aktionen festnehmen zu lassen, zusammenhängen mag) haben also keinerlei Einfluss auf die Führung der Organisation. Ihnen bleibt im Fall inhaltlichen Dissenses lediglich der Austritt.

Zu ihrer Finanzierung baut die »Letzte Generation« bei den Einnahmen überwiegend auf Spenden, die sich im Jahr 2022 nach eigenen Angaben auf € 901.832 (davon € 10.000 als Darlehen) beliefen.⁴³ Genauere Angaben über die Herkunft der Spenden sind nicht erhältlich, auch gab es bis Anfang Juni 2024 keine Aktualisierung hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben für 2023. In erheblichem Maß kommen diese Gelder wohl von Großspenden, unter denen der von US-Finanzinvestoren und reichen Aktivisten sowie Mitgliedern der Familien Getty und Kennedy gegründete *Climate Emergency Fund* (CEF) offenbar eine große Rolle spielt. Der CEF, der sich auf »disruptive Proteste« konzentriert und ungewöhnlicherweise auch monatliche Gehälter an Aktivisten zahlt,⁴⁴ hat nach eigenen Angaben im Jahr 2022 die Summe von \$ 1,3 Mio. in 19 Gruppen »investiert«, von denen »Letzte Generation« in Deutschland eine ist.⁴⁵ Die »Letzte Generation« betont allerdings, dass sie keine *direkten* Finanzflüsse von CEF bezieht, sondern das Geld indirekt über Organisationen wie das *Bündnis für den sozial-ökologischen Wandel* (<https://wandelbuendnis.org>) und das *A22-Netzwerk* (<https://a22network.org>) erhalte.⁴⁶ Nach Recherchen von *Tagesspiegel* und *ZDF* belaufen sich die Fördergelder des CEF für die LG auf rund € 50.000 im Jahr 2022.⁴⁷ Die Ausgaben der LG betrugen 2022 insgesamt € 534.519, wobei Mietkosten mit € 254.170 mit Abstand den größten Posten bildeten. Die Bilanz für das Jahr 2022 weist einen Überschuss von € 383.106 auf. Hinsichtlich Transparenz und Aktualität, so ist zusammenfassend zu konstatieren, besteht bei den Angaben zur Finanzierung der »Letzten Generation« also noch Spielraum nach oben.

Vorgehensweise wie Organisationsform der LG sind innerhalb der Klimabewegung sehr kontrovers, was Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Gruppen einschränkt bzw. verhindert. FFF-Aktivistin Luisa Neubauer etwa kritisierte die Aktionsformen der »Letzten Generation« offen.

Politischer Wandel kommt nicht kategorisch schneller, indem man zu radikaleren Maßnahmen greift. ... Ein schneller Wandel kommt dadurch, dass man noch strategischer wird. Und deswegen ist es gerade die große Aufgabe, strategisch zu bleiben – gerade, wenn die Zeiten hart werden. Es ist nicht immer wirksamer, wenn man doller draufhaut,

43. Vgl. <https://letztegeneration.org/transparenzbericht/> sowie Bundeskriminalamt, Letzte Generation (wie Anm. 4), 17.

44. Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Climate_Emergency_Fund, zuletzt abgerufen am 16. Mai 2024.

45. Vgl. die Nachricht unter <https://www.climateemergencyfund.org/press/cef/2022-4-20>, zuletzt abgerufen am 16. Mai 2024.

46. In einer nun online nicht mehr verfügbaren Selbstbeschreibung hatte LG noch angegeben: »Die Letzte Generation erhält einen Großteil der Mittel für Recruitment, Training und Weiterbildung aus dem *Climate Emergency Fund*.« (abgerufen 14. März 2023)

47. Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/klimaaktivisten-legen-einnahmen-offen-letzte-generation-sammelte-2022-fast-eine-million-euro-spenden-9184404.html> bzw. <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/letzte-generation-transparenzbericht-klimaaktivist-spende-100.html>, zuletzt abgerufen am 16. Mai 2024.

sagte sie im August 2023 dem Portal Watson.de.⁴⁸ Und FFF-Sprecherin Annika Rittmann warf den Aktivisten der LG vor, mit ihren Protestaktionen die Gesellschaft zu spalten.

Die Klimakrise braucht gesamtgesellschaftliche Lösungen, und die finden und erstreiten wir nur gemeinsam und nicht, indem wir Menschen im Alltag gegeneinander aufbringen,

sagte Sprecherin Annika Rittmann der Deutschen Presse-Agentur.⁴⁹ Aus den Reihen von *Extinction Rebellion* – die ähnlich wie LG (und sogar schon länger) durch zivilen Ungehorsam und Straßenblockaden Aufmerksamkeit zu erregen versucht –, wird vor allem der Unterschied in der Organisationsform betont. »*Extinction Rebellion* ist dezentral organisiert. ... Das heißt, die kleinste Form ist quasi: eine Person kann im Namen von *Extinction Rebellion* Aktionen starten, wenn sie unsere drei Hauptforderungen umsetzt. Das wäre zum Ersten, sagt die Wahrheit, handelt jetzt und Demokratieumbau.«⁵⁰

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Protestgruppe »Letzte Generation« ist für die Klimabewegung in der Bundesrepublik *nicht repräsentativ*, sondern innerhalb der Bewegung eher isoliert vor allem aufgrund eines anderen Ansatzes hinsichtlich Führungsstruktur und (in geringerem Maß) auch hinsichtlich der Finanzierung durch Zuwendungen von ausländischen Großspendern.

5. Forderungen der »Letzten Generation«

Eine Analyse der politischen Forderungen der »Letzten Generation« macht deutlich, dass für sie mit dem Thema Klimawandel weniger die Frage nach der Umwelt als vielmehr grundlegend die Frage nach dem System gestellt wird. Dabei hat sich in der relativ kurzen Zeit der Existenz der Gruppe eine Radikalisierung der Forderungen ergeben, die sich zunächst v. a. auf den Klimaschutz bezogen und dann eine Umgestaltung des politischen Systems in den Blick nahmen:⁵¹

- Ein Hungerstreik, mit dem ein live übertragenes einstündiges Gespräch mit den drei Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers erzwungen werden sollte, bildete Ende August 2021 (also gut drei Wochen vor der Bundestagswahl) gemeinsam mit der Forderung nach Bildung eines durch Bürgerinnen und Bürger besetztes Klimarates, gewissermaßen den Ursprung der (damals noch unbenannten) Gruppe. Beides wurde nicht durchgesetzt, doch kam es

48. <https://www.watson.de/nachhaltigkeit/interview/692837078-luisa-neubauer-kritisiert-letzte-generation-radikale-aktionen-nicht-wirksamer>, zuletzt abgerufen am 16. Mai 2024). Vgl. auch »Neubauer kritisiert Proteste der Letzten Generation« in FAZ, 14. August 2023, 5.

49. »Klimaaktivismus: Fridays for Future kritisiert Aktivisten der »Letzten Generation«, in Süddeutsche Zeitung, 12. April 2023, <https://www.sueddeutsche.de/politik/klimaaktivismus-letzte-generation-fridays-for-future-kritik-1.5794011>, zuletzt abgerufen am 16. Mai 2024.

50. Deutschlandfunk, Konkurrenz (wie Anm. 41).

51. D. Rucht, Letzte Generation (wie Anm. 39), 2f., 8ff.

nach der Bundestagswahl zu einem informellen Gespräch mit dem designierten Bundeskanzler Scholz.

- Neue Forderungen fokussierten dann zunächst auf ein »Agrarwende-Gesetz«, später (nach Beginn der Autobahn- und Straßenblockaden) auf nicht näher spezifizierte Einschränkungen des Luft- und Autoverkehrs.
- Schließlich stellte die LG ab Herbst 2022 zwei Forderungen in den Mittelpunkt: ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen und die dauerhafte Einführung eines 9-Euro-Tickets für den ÖPNV.⁵²

Diese Forderungen sind weder als neu noch als besonders weitreichend einzustufen. Man muss deshalb eine gewisse Spannung zwischen der Größe der von der Gruppe hervorgehobenen Bedrohung (letzte Generation vor unwiderruflichen Kipppunkten im Klima!) und dem Umfang der geforderten Maßnahmen konstatieren. Keine von ihnen wird (zudem auf die Bundesrepublik beschränkt) eine grundsätzliche Änderung der Bedrohung durch Klimawandel bewirken können. Eigene Vorschläge für die – für eine grundsätzliche Umstrukturierung wohl notwendigen – fundamentalen Veränderungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben legte die »Letzte Generation« nicht vor. In diesem Zusammenhang fordert sie jedoch die Einrichtung eines Gremiums, von dem sie sich (so kann man annehmen) solche Veränderungen wohl erhofft – einen aus ausgelosten Bürgerinnen und Bürgern zusammengesetzten »Gesellschaftsrat«. Auf ihn soll deshalb nun genauer eingegangen werden.

Gesellschafts- oder Bürgerräte (auf englisch: *citizens' assemblies*) sind ein in der seit einigen Jahren vielfach geführten Debatte um Repräsentation und Demokratie häufig erwähntes Mittel zur Erweiterung von Partizipation in liberalen Demokratien.⁵³ Sehr positiven Auffassungen über deren Wirkung (hier wird gerne der Gesellschaftsrat in der Republik Irland angeführt, der sich mit dem Thema Abtreibung beschäftigte⁵⁴, stehen jedoch auch deutlich skeptische Einschätzungen gegenüber.⁵⁵

Die »Letzte Generation« fordert einen »Gesellschaftsrat« mit der Begründung, dass »unsere demokratischen Verfahren [...] für einen angemessenen und sozial gerechten Umgang mit der Klimakrise offenbar nicht ausreichend [sind].«⁵⁶ Der

52. Auf der mittlerweile nicht mehr online verfügbaren Seite <https://letztegeneration.de/forderungen> wurde sich auf eine Studie des *Umweltbundesamtes* bezogen und das Einsparpotential des Tempolimits mit 6,7 Mio Tonnen CO₂ angegeben. Vgl. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_14-2023_fluessiger_verkehr_fuer_klimaschutz_und_luftreinhaltung.pdf#page=211.

53. Vgl. Dryzek, John S. u. a.: *The crisis of democracy and the science of deliberation*, in: *Science* 363/6432 (2019), 1144–1146; Landemore, Hélène: *Open Democracy: Reinventing Popular Rule for the Twenty-First Century*, Princeton / Oxford 2020.

54. Farrell, David M. / Suiter, Jane Suiter / Harris, Clodagh: »Systematizing« constitutional deliberation: the 2016–18 citizens' assembly in Ireland, in: *Irish Political Studies* 34 (2019), 113–123.

55. Vgl. Decker, Frank: Bürgerräte – Abhilfe gegen die Repräsentationskrise oder demokratiepolitisches Feigenblatt?, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 52 (2021), 125–140; Merkel, Wolfgang: Nur schöner Schein? Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis (OBS-Arbeitsheft, 80), Frankfurt/M. 2015.

56. Vgl. <https://letztegeneration.org/gesellschaftsrat/>. Auch die folgenden Ausführungen beziehen sich auf diese Darstellung.

Gesellschaftsrat solle sich zusammensetzen aus »zufällig gelosten Menschen«, die (das ist eine zusätzliche Forderung)

die Bevölkerung Deutschlands nach Kriterien wie beispielsweise Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss und Migrationshintergrund bestmöglich abbilden [sollen]. Im Gesellschaftsrat wird die Bevölkerung nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen abgebildet – eine Art »Deutschland in klein« kommt zusammen.

Dieser Gesellschaftsrat solle Schritte für die Beendung der Nutzung fossiler Brennstoffe »auf sozial gerechte Weise« bis 2030 erarbeiten. Dazu stünden Experten »mit Fakten und Perspektiven« bereit. Die Regierung solle öffentlich zusagen, »die mit den im Gesellschaftsrat erarbeiteten Maßnahmen verbundenen Gesetzesvorhaben in das Parlament einzubringen«, die »nötige Überzeugungsarbeit im Parlament leisten und die Gesetze nach Verabschiedung in einer beispiellosen Geschwindigkeit und Entschlossenheit umsetzen.« Dadurch werde »echte gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und das Vertrauen in unsere Demokratie« gestärkt. Nach Ansicht der LG ist nur sogenannte *deskriptive* (also soziodemographischen Merkmalen entsprechende) Repräsentation »echte Repräsentation«.⁵⁷

[...] wo Menschen sich gesehen fühlen und dann auch sagen, okay, ich habe das eingesehen, da war ein Mensch, der mir ähnlich ist, war da auch drin und dementsprechend kann ich auch die Lösung mittragen.

Diese Konzeption stößt jedoch auf eine Vielzahl von Problemen, von denen in praktischer Hinsicht die Auswahl der Teilnehmenden an diesem Verfahren wohl die offensichtlichste ist. Neben den stichprobentheoretischen Problemen⁵⁸ gibt es aber auch solche der Festlegung der relevanten soziodemographischen Kriterien (sollte man die genannten nicht vielleicht um Kriterien wie Ost-West, Religionszugehörigkeit, Parteipräferenz etc. ergänzen?), der Auswahl der Experten (wie wird für eine faire Repräsentation unterschiedlicher vorhandener Positionen gesorgt?), des Informationsmaterials, der Verfahrensregeln etc., kulminierend in der Frage, *wer* diese Entscheidungen treffen soll. Hochproblematisch ist zudem die *Vorgabe des Ziels ohne Diskussion* – in parlamentarischen Verhandlungen ist dieses regelmäßig *Ergebnis*, nicht *Voraussetzung* von Deliberation. Zentral stellt sich jedoch vor allem die Frage, warum die durch Wahl legitimierten Abgeordneten sich diese Entscheidung aus der Hand nehmen lassen sollten? Das muss unwahrscheinlich erscheinen – nicht nur aus demokratietheoretischen Gründen, sondern auch, weil es einer Selbstentmachtung gleichkäme. Als gewählte Abgeordnete wäre es ja deren Aufgabe, neben klimapolitischen auch weitere Aspekte von Politik zu berücksichtigen – von sozialen über wirtschafts- bis zu finanz- und außenpolitischen Folgen – und anschließend die Verantwortung für die Entscheidung zu tragen. Da

57. Vgl. das Deutschlandfunk-Interview »Gesellschaftsrat für Klimaschutz? Interview mit Theodor Schnarr, Letzte Generation, von Rainer Brandes, gesendet am 1. April 2023, 8:12 Uhr, abrufbar unter <https://www.deutschlandfunk.de/gesellschaftsrat-fuer-klimaschutz-interview-theodor-schnarr-letzte-generation-dlf-5a936735-100.html>

58. Baron, Daniel: Was für ein Zufall? Stichprobentheoretische Anmerkungen und Folgerungen aus Simulationsergebnissen für den bundesweiten Bürgerrat »Deutschlands Rolle in der Welt«, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 33 (2023), 447–470.

die Mitglieder des Gesellschaftsrats hingegen nach Ansicht der Letzten Generation »anonym bleiben« sollen⁵⁹, kann entsprechend niemand dort Verantwortung übernehmen, die in demokratischen Systemen regelmäßig mit der Möglichkeit, im öffentlichen Diskurs kritisiert zu werden sowie der Gefahr der Nicht-Wiederwahl verknüpft ist. Und schließlich wäre zu fragen, wie die Akzeptanz so gefundener und festgelegter Ergebnisse sicherzustellen wäre, da die an Demokratie gewöhnten Bürger keinerlei Einfluss auf sie gehabt hätten?

Blickt man auf die Aussagen der Letzten Generation hinsichtlich ihrer zugrundeliegenden Vorstellungen vom politischen Prozess und ihrer »Kernkultur«, so sind Zweifel angebracht, dass das vorgeschlagene Vorhaben wirklich v. a. die Probleme des Klimawandels lösen soll. Denn zentral für die Vorhaben der Letzten Generation sind offenbar andere Ziele, wie eine genauere Lektüre ihrer »grundlegendsten Strategie« auf der Website zeigt.⁶⁰ Drei Kernsätze daraus zeichnen ein deutliches Bild von Zielen jenseits der Klimaproblematik:

- »Wir sind ein revolutionäres Projekt.«
- »Wir polarisieren ›oben gegen unten‹ (Superreiche gegen arbeitende Bevölkerung, korrupte Politiker*innen gegen die Bevölkerung).«
- »Es geht uns nicht um Eisbären, um die 1.5° oder das Pariser Abkommen. Es geht um eine gerechte Gesellschaft.«

Die Letzte Generation zielt also bei genauerem Hinsehen zum einen auf die Veränderung der Gesellschaftsstruktur (und zwar *vor* dem Schutz vor Klimawandel, der in dem dritten eben zitierten Satz auf den Status eines bloßen Vehikels herabgestuft erscheint); zum anderen wird deutlich, dass sie einem Bild vom politischen Prozess anhängt, das stark *populistisch* geprägt ist. Für Populismus ist nach einhelligem Stand politikwissenschaftlicher Analysen ein zentraler Bestandteil die Vorstellung, dass eine moralisch intakte Bevölkerung einer korrupten Elite gegenüberstehe.⁶¹ Und so stellt sich für die Letzte Generation auch das demokratische System der Bundesrepublik dar, wenn sie daran zweifelt, dass die Regierung es ernst meine »mit ihrem Schwur auf die Verfassung«, mit dem Interesse an Lösungen, die der »Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen gerecht werden« und unterstellt, die Regierung sei weniger »dem Gemeinwohl der Vielen« sondern »bloß Partei- und Lobbyinteressen der Wenigen verpflichtet«.⁶²

Die politischen Forderungen der Letzten Generation, so lässt sich zusammenfassend sagen, sind in vielerlei Hinsicht kritikwürdig. In ihren konkreten Teilen sind sie durch ein Missverhältnis zwischen der Größe des zu lösenden Problems und der Wirksamkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen gekennzeichnet. So beträgt etwa das durch das vorgeschlagene Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen nach Angaben von Letzten Generation erreichbare Einsparpotential von 6,7 Mio Tonnen CO₂ lediglich 4,2 Prozent der jährlichen Emissionen des Straßenverkehrs

59. Wie Anm. 57.

60. Siehe <https://wiki.letztegeneration.org/de/oeffentlich/Kernkultur#organisation-und-verantwortung>, zuletzt abgerufen am 2024-05-16.

61. Vgl. etwa Müller, Jan-Werner: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016; Mudde, Cas / Kaltwasser, Cristóbal Rovira: Populismus: Eine sehr kurze Einführung, Bonn 2019; Moffitt, Benjamin: Populism, Cambridge 2020.

62. Wie Anm. 60.

und *weniger als 0,9 Prozent des Gesamtausstoßes* in Deutschland im Jahr 2021. Die geforderten Veränderungen am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess durch Einführung eines »Gesellschaftsrates« stoßen nicht nur auf eine Vielzahl praktischer Probleme bei der Umsetzung, sondern müssen auch als *Grundfesten der existierenden liberalen Demokratie herausfordernd* klassifiziert werden. Es ist daher kein Wunder, dass sie im politischen Betrieb parteiübergreifend auf starke Ablehnung stießen.⁶³

6. Protestantismus und Demokratie

Die oben angeführten kritischen Anmerkungen zum Auftritt der Letzten Generation-Sprecherin Aimée van Baalen lassen sich nach den vorangegangenen Absätzen nun besser einordnen. Die Kennzeichnung der Letzten Generation als »demokratiepolitisch fragwürdige Gruppierung« (U. H. J. Körtner) ist angesichts nicht nur der Handlungen, sondern auch der organisatorischen und programmatischen Verhältnisse verständlicher. Aus theologischer Sicht ist Kritik an Aussagen wie der von Aimée van Baalen über Jesus als Widerständler, »der sich gesellschaftlichen Regeln und Normen entgegensetzte, wenn seine moralische Pflicht es verlangte«, wohl offenkundig angebracht. Die Frage, ob die Synode sich von Aktivisten ohne offenkundigen Kirchenbezug hat instrumentalisieren lassen, wurde in der Debatte nicht gestellt, bedarf jedoch der Reflexion. Zu Recht wurde auch die Erinnerung an die »Demokratie-Denkschrift« der EKD von 1985 aufgerufen, in der die EKD ihre Zustimmung zur parlamentarischen Demokratie formuliert hatte und damit die Frage gestellt, ob die Zustimmung zu den Forderungen van Baalens nicht im Konflikt dazu stehe und man Gefahr laufe, hinter eigene Erkenntnisse zurückzufallen. Das weist darauf hin, dass die hier betrachtete Episode kein einmaliges Ereignis ist, sondern in den Kontext des Verhältnisses von Protestantismus und Demokratie eingebettet werden muss.

Das Verhältnis von Protestantismus und Demokratie ist historisch ein angespanntes.⁶⁴ Seine Verwurzelung (als Folge der Reformation) im »landesherrlichen Kirchenregiment« hatte über die Jahrhunderte dem Protestantismus eine besondere Nähe zur (als von Gott eingesetzt angesehenen) weltlichen Obrigkeit eingeschrieben. Nach dem Übergang zur Republik im Jahr 1919 stand der Protestantismus Demokratie wie Parteien sehr skeptisch gegenüber und trug so zum Niedergang der

63. Vgl. SPIEGEL Online vom 2. Mai 2023 (<https://www.spiegel.de/politik/umstrittene-forderung-der-letzten-generation-die-leute-tun-ja-so-als-wollten-wir-die-raeterepublik-ausrufen-a-a2d83f3a-699c-45cd-b13e-13a1ef29b134>).

64. Siehe dazu beispielsweise Huber, Wolfgang: Protestanten in der Demokratie. Positionen und Profile im Nachkriegsdeutschland, München 1990; Heinig, Hans Michael, Protestantismus und Demokratie, in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 60 (2015), 227–264; Anselm, Reiner: Politische Ethik, in: Huber, Wolfgang / Meireis, Torsten / Reuter, Hans-Richard (Hrsg.): Handbuch der evangelischen Ethik, München 2015, 195–263; Busch, Andreas: Das Demokratieverständnis der Denkschrift aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Heinig, Hans Michael (Hg.): Aneignung des Gegebenen: Entstehung und Wirkung der Demokratie-Denkschrift der EKD, Tübingen 2017, 79–98.

Weimarer Republik bei. Nach der Katastrophe des Nationalsozialismus dachte man in weiten Teilen des bundesdeutschen Protestantismus um und nahm sich bereits bei der Gründung der EKD auf der Kirchenkonferenz in Treysa im August 1945 im *Wort zur Verantwortung der Kirche für das öffentliche Leben* vor, »weit stärker als bisher auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens und insbesondere der politischen Gemeinschaft einzuwirken«. ⁶⁵ Dennoch blieb der Fokus auf die Ordnungsfunktion des Staates sowie dessen notwendige Autorität Grund für Skepsis gegenüber einer auf der Souveränität des Bürgers gegründeten Staatsordnung. Erst 1985 – 40 Jahre nach Kriegsende, gut 35 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik – fand die EKD in ihrer »Demokratiedenkschrift« zur klaren Bejahung der repräsentativen Demokratie. ⁶⁶ Allgemein als großer Schritt gelobt und oft als Referenzpunkt für die Annäherung des Protestantismus an die Demokratie bezeichnet, tauchen im Text der Denkschrift jedoch auch Formulierungen auf, die Zweifel an Grundprinzipien des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats formulieren und sich auf damals aktuelle Auseinandersetzungen beziehen (Friedensbewegung, Neue Soziale Bewegungen). Sie sind wohl Folge des Versuchs, unterschiedlichen Positionen in der *Kammer für Öffentliche Verantwortung* (die den Text erstellte) die gemeinsame Zustimmung zu ermöglichen. ⁶⁷

In der EKD wurde die ausdrückliche Akzeptanz der Demokratie auch durch einen Generationenwechsel hin zu den »Achtundsechzigern« erleichtert, die ab den 1980er Jahren in leitende Positionen einzurücken begannen. Der Fokus auf Regeln und deren Einhaltung, der im zuvor vorherrschenden Konservatismus noch im Vordergrund gestanden hatte, machte nun dem Wunsch, von den Neuen Sozialen Bewegungen zu lernen, Platz. Trotz ihres komplexen, oben knapp angerissenen Verhältnisses zur Demokratie nahm man nun für die evangelische Kirche in Anspruch, »Herzschrittmacherin der modernen bundesrepublikanischen Demokratie« zu sein. ⁶⁸ Dabei war ein anhaltendes Fremdeln mit den Regeln insbesondere des Rechtsgehorsams schon früh zu erkennen: Helmut Simon hatte 1986 auf einer Tagung der Synode im Zusammenhang mit zivilem Ungehorsam die Frage gestellt, ob es richtig sei, »jemanden wie einen Übeltäter zu behandeln, der letztlich im Allgemeininteresse auf Fehlentwicklungen aufmerksam gemacht hat?« – was ihm den Vorwurf eingebracht hatte, er habe »stillschweigend die ›volonté générale‹ wahrheitsmonopolistisch für den Rechtsbrecher reklamiert«. ⁶⁹ Die Haltung der EKD zum Thema Kirchenasyll⁷⁰ oder

65. Besier, Gerhard / Ludwig, Hartmut / Thierfelder, Jörg (Hg.): Der Kompromiss von Treysa. Die Entstehung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 1945. Eine Dokumentation (Schriftenreihe der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, 24), Weinheim 1995, 326.

66. Evangelische Kirche in Deutschland (Hg.): Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe, Gütersloh 1985.

67. H.-M. Heinig, Protestantismus (wie Anm. 64), 247ff.

68. Huber, Wolfgang: Demokratie wagen. Der Protestantismus im politischen Wandel 1965–1985, in: Hermle, Siegfried / Lepp, Claudia / Oelke, Harry (Hg.): Umbrüche. Der deutsche Protestantismus und die sozialen Bewegungen in den 1960er und 70er Jahren (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, B 47), Göttingen 2012, 383–399, 397.

69. Püttmann, Andreas: Ein »Ja, aber« zur Bonner Demokratie: Die EKD-Denkschrift »Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe«, in: Zeitschrift für Politik 36 (1989), 75–87, 81.

70. H.-M. Heinig, Protestantismus (wie Anm. 64), 229f.

die oben geschilderte Episode zur Klimapolitik zeigen, dass es in der EKD weiterhin Tendenzen zur einer grundsätzlichen Skepsis bzw. Herabstufung des Rechtsgehorsams im demokratischen Rechtsstaat sowie die (klar elitäre) Auffassung der *Überlegenheit der eigenen Position* gibt. Ein solches selektives Befolgen rechtsstaatlicher Grundsätze passt aber nicht zur grundsätzlichen Bejahung der repräsentativen Demokratie – in Fortführung von Wolfgang Hubers Metapher müsste man daher wohl von einem *stolpernden Herzschriftmacher* sprechen, den jedoch die wenigsten als hilfreich erachten würden.

Zwar kann die oben geschilderte Episode alternativ natürlich auch durch nicht hinreichende Information seitens der Synodenleitung über die Ziele und Vorgehensweisen der Gruppe Letzte Generation erklärt werden. Doch spricht dagegen, was wir über die Entscheidung der Einladung nach Presseberichten wissen: sie soll, im Wissen um die Umstrittenheit, von der Präses selbst mit den Worten »I'm a rebel. Wir machen das jetzt« vorgenommen worden sein.⁷¹

Angesichts bereits seit längerem existierender Fragen hinsichtlich der (von manchen als zu einseitig empfundenen) politischen Positionierung der Synode⁷² wird diese daher gut beraten sein, über ihr zukünftiges Vorgehen in dieser Hinsicht aktiv zu reflektieren – zumindest bei auch kirchenintern sehr umstrittenen Themen.

7. Abschließende Bewertung

Der bundesdeutsche Protestantismus hatte sich nach der Katastrophe des Nationalsozialismus, wie oben geschildert, vorgenommen, sich in der entstehenden Demokratie stärker und positiver zu engagieren als das in der Weimarer Republik der Fall gewesen war. In vielen Bereichen wurde so ein Beitrag zum Erfolg der bundesdeutschen Demokratie geleistet.⁷³ Dabei waren kirchliche Stellungnahmen zu politischen Themen durchaus auch kirchenintern nicht unumstritten. Vorwürfe, dass »die Kirche mit derartigen Verlautbarungen ihre Kompetenzen überschreite und den Verantwortlichen ins Handwerk pfusche«, führten erstmals 1970 dazu, dass der Rat der EKD eine Denkschrift über »Aufgaben und Grenzen kirchlicher Äußerungen zu gesellschaftlichen Fragen« vorlegte.⁷⁴ In ihr wurde klar herausgestellt:

71. Vgl. <https://www.spiegel.de/start/ekd-praeses-anna-nicole-heinrich-wie-eine-26-jaehrige-die-evangelische-kirche-retten-soll-a-49b143e4-b3b3-4bc9-8e6e-666316ad9fa5> (zuletzt abgerufen am 16. Juni 2024).

72. Vgl. etwa Schäuble, Wolfgang: Protestantismus und Politik, München 2017.

73. Beispielsweise durch das Engagement protestantischer Christen in den politischen Parteien (W. Huber, Protestanten [wie Anm. 64]) oder die Tätigkeit der Evangelischen Akademien (Mittmann, Thomas: Kirchliche Akademien in der Bundesrepublik: gesellschaftliche, politische und religiöse Selbstverortungen, Göttingen 2011). Siehe auch die in Albrecht, Christian / Anselm, Reiner (Hg.): Aus Verantwortung. Der Protestantismus in den Arenen des Politischen (Religion in der Bundesrepublik Deutschland, 3), Tübingen 2019, versammelten Fallstudien zu den verschiedensten Themenbereichen.

74. Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.): Aufgaben und Grenzen kirchlicher Äußerungen zu gesellschaftlichen Fragen. Eine Denkschrift der Kammer für soziale Ordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 1970.

Nicht *dass* sich die Kirche in den Dialog einschaltet, bedarf [...] einer Begründung, wohl aber, *wie* das geschieht und ob die Art und Weise der Rolle der Kirche in demokratischen Gemeinwesen entspricht.⁷⁵

Sachkunde, ein Fokus auf Grundeinstellungen, Lösungsorientierung und der Aufruf zur Respektierung anderer Auffassungen gehören zu den dort aufgeführten Maximen.⁷⁶ 2008 wurde eine erneute Denkschrift »zum Öffentlichkeitsauftrag der Kirche« vorgelegt, mit einer besonderen Betonung der »Pluralismusfähigkeit« kirchlicher Äußerungen.⁷⁷

Die Wichtigkeit von Pluralismusfähigkeit war im Zusammenhang mit den jahrzehntelangen kircheninternen Auseinandersetzungen um die Akzeptabilität atomarer Bewaffnung in den Vordergrund getreten. Gute 20 Jahre nach der »Ohnmachtsformel« der Berliner Synode von 1958 war im Zusammenhang mit der Nachrüstungsdiskussion durch die Reformierte Kirche der Versuch unternommen worden, durch Erklärung des *status confessionis* die Atomwaffen grundsätzlich ablehnende Position zur Bekenntnisfrage zu machen.⁷⁸ Dieser Versuch, eine politische Streitfrage durch Rekurs auf Glaubensaussagen zu lösen, erschien Kritikern wie dem damaligen Vorsitzenden der Kammer für Öffentliche Verantwortung, Trutz Rendtorff, als »moderne Form der protestantischen Demokratieunfähigkeit«.⁷⁹ Rendtorff warnte daher vor einem »Fundamentalismus«, der sich »hochmütig über die demokratischen Verfahrensweisen« äußere, weil diese einen Pluralismus fördern, der »in Fragen von weltgeschichtlichem Rang, wie Umwelt und Rüstung, zu wenig Eindeutigkeit produziert«, während er gleichzeitig für die Kirche eine Anwaltschaft für politische Fragen in Anspruch nehme,

die sich aus dem immer noch mühsamen Prozeß der politischen Mehrheitsfindung und der demokratischen Verfahren herausdefiniert und parademokratischen Bewegungen als Träger einer höheren, substantiellen Autorität den Vorzug gibt.⁸⁰

Eine ähnliche Geringschätzung für den Wert etablierter Verfahrensweisen demokratischer Institutionen findet sich auch in der Kritik der »Letzten Generation« am angeblichen klimapolitischen Nichtstun der Bundesregierung. Unter Verweis auf große Dringlichkeit meint man, sich über rechtliche Grundsätze und allgemein etablierte und akzeptierte Verfahren hinweg setzen und für sich eine höhere Legitimität in Anspruch nehmen zu können. Mit einem solchen Ansatz sollte sich die Synode der EKD nicht gemein machen, auch wenn Praktiken und Unbedingtheit der Letzten Generation Resonanzen in Teilen des Protestantismus auslösen.

75. Ebda., 9.

76. Ebda., 30–33.

77. Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.): Das rechte Wort zur rechten Zeit. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Öffentlichkeitsauftrag der Kirche, Gütersloh 2008.

78. Siehe zu dieser Debatte Keitel, Nikolas: Verantwortung durch Perspektivendifferenzierung. Die Debatten um die Atomwaffen in den 1950er und 1980er Jahren, in: C. Albrecht / R. Anselm, Verantwortung (wie Anm. 73), 229–246.

79. Rendtorff, Trutz: Demokratieunfähigkeit des Protestantismus? Über die Renaissance eines alten Problems, in: Zeitschrift für Evangelische Ethik 27 (1983), 253–256, 256.

80. Ebda., 255.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Letzte Generation Interesse an der Kirche nur aufgrund von deren (immer noch) großer Mitgliederzahl hat und somit ein rein taktisch-instrumentelles Verhältnis zu ihr pflegt. Gesichtspunkte von Glauben oder Schöpfung sind jedenfalls in ihren Dokumenten nicht zu finden, und auch im Appell Aimée van Baalens vor der Synode gab es keine theologischen oder glaubensbasierten Argumente, lediglich pragmatische (»Wir ... brauchen Sie als Institution Kirche«). Für eine verunsicherte, unter Mitgliederschwund leidende und ihres Platzes in der Gesellschaft zunehmend unsichere Organisation wie die EKD mag die Unbedingtheit im Engagement vieler Klimaaktivisten attraktiv erscheinen und vielleicht auch eine willkommene Ablenkung bieten von den Mühen der Verwaltung des finanziellen Niedergangs und der nicht endenden Missbrauchsskandale. Doch auch unter diesem Gesichtspunkt ist die Letzte Generation kein guter Bündnispartner für die Kirche: sie ist eindeutig keine Massenorganisation, und ihre politischen Positionen finden nur geringfügige Unterstützung in der Bevölkerung.⁸¹ Obwohl es bei der Europawahl keine Sperrklausel gibt und zahlreiche Kleinstparteien (wie Tierschutzpartei, ÖDP etc.) Mandate errangen, erreichte man lediglich 0,26 Prozent der abgegebenen Stimmen und blieb ohne Mandat.⁸² Andere, weniger kontrovers sich positionierende klimapolitische Aktionsgruppen wären vermutlich geeignetere Gesprächs- und Bündnispartner bei diesem wichtigen Thema, auch wenn die strukturarme Organisationsform dieser Gruppen einen längerfristigen Dialog natürlich erschwert.

Die Synode der EKD ist (neben dem Rat) das zentrale Organ, das 18,5 Mio. evangelische Christinnen und Christen in der Bundesrepublik repräsentiert und für sie spricht. Angesichts der breiten (und, wie oben dargelegt, in weiten Teilen durchaus berechtigten) Kritik an der Vergabe des Impulses zum Thema Klimakrise an die Letzte Generation wird die Synode gut daran tun, ihre bisherige Praxis zu reflektieren und zu hinterfragen. Welche Rolle sieht die Synode für sich? Wie versteht sie die Bedingungen, unter denen sie öffentliche Äußerungen tätigt? Will sie sich eher als Forum sehen oder als Akteur? Und falls letzteres: Wie soll dann mit internem Dissens umgegangen werden? In vielen Sachfragen wird die Pluralität der Positionen deutlich höher sein als beim Thema Klimawandel (in dem, wie oben dargelegt, in der Gesellschaft bezüglich Wichtigkeit und Ziel weitgehende Einigkeit besteht, aber Dissens über die einzusetzenden Instrumente). Viel spricht daher für ein Selbstverständnis, das Integration innerhalb der EKD in den Mittelpunkt stellt, die Forumsfunktion stärker betont und der Vielfalt und Diversität von inhaltlichen Positionen mehr Platz einräumt.

Dann könnte man auch den konkreten Schwierigkeiten bei der Umsetzung von klimapolitischen Zielen mehr Gewicht geben als dem Proklamieren abstrakter Ziele. Gesellschaftswissenschaftler weisen bereits seit langem eindringlich darauf

81. Bei der Europawahl stellte sich die Letzte Generation zur Wahl unter dem Parteinamen »Parlament aufmischen – Stimme der Letzten Generation«. Zu den geplanten Vorhaben gehörten jedoch nicht konkrete Vorhaben zur Minderung der Klimakrise, sondern das Ziel, durch Störungen im Parlamentsablauf etwa Abstimmungen im Europäischen Parlament zu verhindern – siehe den Bericht der FAZ vom 30. Mai 2024 (<https://www.faz.net/aktuell/politik/europawahl/letzte-generation-was-sie-im-europaparlament-vorhat-19749570.html>).

82. Vgl. <https://www.wahlrecht.de/news/2024/europawahl-2024.html#sitzverteilung>.

hin, dass es einer Beschäftigung mit der Frage bedarf, *wie* Umsteuerungsprozesse gesellschaftlich und unter Bedingungen von Demokratie ins Werk gesetzt werden können. Dies ist nämlich keineswegs so einfach, wie das von der Letzten Generation etwas naiv dargestellt wird:

Was also muss passieren, damit Gesellschaft zum wichtigsten Treiber des Klimaschutzes wird? Eigentlich ist das ganz einfach. Alle, alles. Alle müssen alles tun, was sie können.⁸³

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive wird hingegen der Blick auf die Komplexitäten, Trägheiten, Dilemmata und Interdependenzen moderner Gesellschaften gerichtet und betont, dass diese »keine Masterlösung zulassen«.⁸⁴ Den populären »großen Gesten« steht diese Forschung daher eher kritisch gegenüber und befürwortet stattdessen »kleine Schritte«, die etablierte Praktiken und Routinen der Gesellschaft berücksichtigen und für sich nutzen.⁸⁵ »Die katastrophische Rede«, so konstatiert der Münchner Soziologe Armin Nassehi, »hilft nicht weiter, auch wenn sich manche wohlbestallte Kommentatoren und Kommentatorinnen darin gefallen, der Apokalypse das Wort zu reden und damit von der eigenen Gemeinde gefeiert werden.«⁸⁶ Vorstellungen vom grundsätzlichen Umbau der Gesellschaft, wie sie der Letzten Generation vorschweben, lehnt der Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Jens Beckert, daher ab mit der Begründung:

Wir haben schlicht nicht die Zeit, erst die bestehende Gesellschaftsordnung umzustößen, dann eine neue zu errichten, um schließlich irgendwann einmal das Klimaproblem anzugehen.⁸⁷

83. Eichler, Lina u. a.: Die letzte Generation – das sind wir alle: Wenn die Welt in Flammen steht, hilft es nicht, den Feueralarm auszustellen, München 2023, 165.

84. Beckert, Jens: Verkaufte Zukunft: Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht, Berlin 2024, 20.

85. Nassehi, Armin: Kritik der großen Geste: Anders über gesellschaftliche Transformation nachdenken, München 2024, 218f.

86. Ebda., 220.

87. J. Beckert, Zukunft (wie Anm. 84), 182.